

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Er erscheint
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 2,00 Mk.,
bei allen Postämtern 2,10 Mk.

Druck und Verlag von
B. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Abgabe-Preis:
für die einseitige Beilage oder deren Raum 80 Pf.
Zweites Jahrgang bis nachmittags 1 Uhr der dem
Ercheinungstage.

Nr. 18.

Freitag, Nr. 49

Mittwoch, den 3. März 1920.

Freitag, Nr. 39

42. Jahrg.

Von Bethmann Hollweg zur Friedensfrage.

Berlin, 29. Februar. Herr v. Bethmann Hollweg veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Beitrag zu den Erweiterungen über die Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1917. Der Hauptpunkt, auf den Herr v. Bethmann-Hollweg seine Anschauungen stützt, daß solche Möglichkeiten tatsächlich vorliegen, bildet die Unterredung, die er am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Vacelli hatte. Herr v. Bethmann sagt u. a.: Mit dem Auftrage, dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Vacelli am 26. Juni in Berlin auf. Der Nuntius legte mir bei dieser Gelegenheit eine Reihe bestimmter geförderter Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragestellung gewann ich später den beständigen Eindruck, daß es sich um etwas anderes, als eine unverbindliche Konversation über Friedensmöglichkeiten handelte, der Nuntius sich vielmehr eines genau formulierten Auftrages erlebte. Ich beantwortete die einzelnen Fragen des Nuntius dahin, daß wir zu Abstandsbeschränkungen im Falle der Allseitigkeit durchaus bereit seien und daß wir grundsätzlich den internationalen Schiedsgerichten zustimmen. Bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir seine volle Unabhängigkeit wieder herstellen würden, doch dürfe Belgien nicht politisch, militärisch und finanziell unter der Herrschaft Englands und Frankreichs geraten. Mit Frankreich werde sich unter der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen der Weg einer Einigung bezüglich Elsaß-Lothringens finden lassen.

Am 29. Juni wurde der Nuntius im Großen Hauptquartier vom Kaiser empfangen. Der Kaiser erkannte bei der Unterredung die besondere Planung und das besondere Interesse der katholischen Kirche als Friedensvermittlerin an. Die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, dürfe nicht durch die Sozialdemokratie, sondern müsse durch den Papst herbeigeführt werden. Dies, schließt Herr von Bethmann-Hollweg, war der Verlauf, den die Sendung des Nuntius genommen hatte. Wenige Tage darauf wurde ich zum Rücktritt genötigt. Auf die weitere Entwicklung der Dinge hatte ich deshalb keinen Einfluß mehr.

Die Generale und Admirale.

Berlin, 27. Februar. Gestern fand in Berlin wieder eine Sitzung von Generalen und Admiralen statt. Dabei wurde folgende Erklärung abgegeben, in der es heißt:

Zu dem deutschen Richter haben wir das unbedingte Vertrauen, daß er allein nach deutschem Recht verfahren und urteilen wird. Einem Verfahren, das diesen Grundsätzen entspricht, werden wir uns nicht nur stellen, sondern wir erwarten, nachdem wir wissen, was der Feind uns vorwirft, daß es unverzüglich zur Wahrung der deutschen und unserer eigenen Ehre durchgeführt wird. Wir erklären, daß wir für alle unseren Untergebenen erteilten Befehle die volle Verantwortung tragen und übernehmen.

Die Forderung nach einer Gegenliste wurde von den Generalen nicht erhoben, weil sie dies als eine Forderung ansehen, die vom gesamten deutschen Volk zu erheben ist.

Auslieferung aller deutschen Küstengeschütze?

Rotterdam, 26. Februar. Die „Times“ meldet, daß die internationalisierte Marinekommission die Auslieferung und Unbrauchbarmachung aller deutschen Küstengeschütze bei der Entente beantragt hat.

Nur Konstantinopel türkisch.

London, 26. Februar. „Daily Mail“ erfährt, daß jetzt wenig Zweifel herrschen, daß die europäischen Mächte auf Konstantinopel be-

schränkt wird, während der übrige Teil der ehemaligen europäischen Türkei durch Mandat des Völkerbundes verwaltet werden soll.

Die Bolschewisten-Offensive gegen Polen.

Rotterdam, 27. Februar. Die „Times“ meldet aus Warschau: In der ganzen polnischen Grenze hat die Offensive der Roten Armee begonnen. Das rote Hauptquartier befindet sich hinter Brest-Litowsk. Eine große militärische Mission hat sich am Dienstag von Paris über Deutschland nach Warschau begeben.

Rotterdam, 28. Februar. Die „Morningpost“ meldet aus Riga: Hier hört man den Kanonendonner von der polnischen Front. Die Eisenbahn Riga—Diel liegt unter dem Feuer der angreifenden Bolschewisten.

Eine Kampffront von 1000 Kilometern.

Prag, 27. Februar. Die Prager Blätter veröffentlichen einen Funkpruch aus Moskau, wonach die Roten Armeen infolge der Ablehnung des russischen Friedensangebotes durch die Entente an der ganzen Front, welche von Norden nach Süden an den Ufern der Berezina führt, im jähen Kampfe stehen sollen. Auf einer Front von über 1000 Kilometern soll der Kampf wieder aufgenommen worden sein. Besonders heftig wird an der Eisenbahnlinie von Riga—Diel zwischen den Bolschewisten und den Polen gekämpft.

Der „heilige Krieg“.

Rotterdam, 28. Februar. Nachrichten aus Astan zufolge steht die Auslösung des „heiligen Krieges“ gegen die Feinde der Türkei bevor.

Rotterdam, 28. Februar. In Kreisen englischer Staatsmänner herrscht große Besorgnis über die gewaltige Ausdehnung der Erhebung der Mohamedaner. Man fragt sich, wie es möglich sei, daß eine solche Massenbewegung erst zu einer Zeit brachstet wird, in der es fast zu spät zu dämpfen ist. Täglich treffen neue Hochposten ein, die keinen Zweifel darüber lassen, daß Groß-Britannien von Neuem vor schweren Aufgaben steht.

Wien, 27. Februar. Enver Pascha hat sein Hauptquartier in Usterbeidschan aufgeschlagen. Er steht an der Spitze von 70000 Mann, die sich mit der Roten russischen Armee und mit den ausländischen Uffizieren vereinigt haben. Enver Pascha erklärt, die Welt sehe vor der größten Revolution, die sie je gesehen habe. Er habe überall den Aufruf gegen England organisiert. In Anatolien und Cilizien sei er schon ausgebrochen, Bagdad sei von seinen Truppen umschlossen, die französische Herrschaft in Syrien warte: „Bald wird ganz Asien im Brand stehen und die Fremdherrschaft abgeschüttelt werden!“

Polens Präsident über Krieg und Frieden.

Genf, 27. Februar. Der Korrespondent des Echo de Paris, Charles Bonneson, hatte eine Audienz beim Präsidenten der polnischen Republik, in deren Verlauf dieser erklärte: „Sie kommen in einer für Polen besonders schweren und entscheidenden Stunde. Es schweben augenblicklich Fragen, auf die ich Ihnen als Präsident der Republik im Augenblick nicht antworten kann. Ich kenne Ihnen z. B. ebensowenig sagen, welche Haltung Polen einnehmen wird, wenn die Entente sich entscheidet, mit den Bolschewisten Frieden zu schließen, wie wenn sie beschließt, weiter Krieg zu führen. Worauf ich besonders dringend Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, ist der Umstand, daß die Entscheidung, deren Polen bedarf, gleich wie sie auch ausfallen möge, unverzüglich getroffen werden muß. Ein Unglück für unser Land ist der Mangel an klaren und entscheidenden Entschlüssen seitens der Entente. Man hat uns dem Komplex der

Dilemmen gegenüber allein gelassen, denn Europa weiß selber nicht, was es tun soll. Frankreich und England können warten, kombinieren, können die weitere Entwicklung und die weiteren Geschäfte abwarten. Vielleicht stehen sie darauf sogar einen Vorteil für sich selbst. Wir Polen sind die unmittelbaren Nachbarn Rußlands; unser Schicksal und das Ergebnis unserer Anstrengungen hängt von anderen Entscheidungen ab. Wir müssen die Aufgabe, die an uns herantritt, mit Ja oder Nein beantworten und uns für Krieg oder Frieden entscheiden. Länger können wir nicht mehr warten...“

Polen lehnt das Angebot Rußlands ab?

Wien, 1. März. Dem „Neuen Wiener Tageblatt“ wird aus Warschau gemeldet: In einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurden folgende Richtlinien für die Friedensbedingungen mit Sowjetrußland festgelegt: Polen lehnt das Friedensangebot ab. Es fordert dagegen die endgültige Wiedergutmachung der in der Vergangenheit vorgenommenen Teilungen und die Befestigung ihm widerfahrenen geschichtlichen Unrechts sowie die Sicherung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Rußland und Polen. Die polnische Republik verlangt die Volksbestimmung in den jenseits der gegenwärtigen polnischen Verwaltungsgrenze liegenden Gebieten, die vor dem Jahre 1772 Polen gehörten. Im Interesse der neu entstandenen Staaten verlangt Polen weiter, daß die zwischen Polen und der Räteregierung festgesetzten Bedingungen durch die Vertretung des großrussischen Volkes bestätigt werden. Die Forderung der Polen steht eine Grenzbildung voraus, wie sie vor der ersten Teilung Polens gewesen war.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 28. Februar. In der Preussischen Landesversammlung wurde der Antrag Vorst auf Einführung eines hauswirtschaftlichen Pflichtjahres für die Mädchen dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überlesen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß der Ehrensold für die Veteranen von 1870/71, der 150 Mark beträgt, entsprechend den heutigen Verhältnissen erhöht werden soll.

Erzberger.

Berlin, 1. März. Die Zentrumsabgeordneten haben am 28. Februar die Angelegenheit Erzberger erörtert. Eine endgültige Stellungnahme hat sich die Partei in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Zentrumsparlamentes vorbehalten, bis die Ergebnisse des Erzberger-Helferlich-Prozesses und der Steuerhinterziehung vorliegen werden. Dieser Standpunkt wurde von den anderen Mehrheitsparteien anerkannt.

Deutsche Treue in Saarbrücken.

Saarbrücken, 28. Februar. Die hier eingetroffenen deutschen Offiziere, welche zur Grenzregelungskommission gehören, wurden mit begeisterten Ovationen empfangen. Eine dicke Menschenmenge bildete Spalier und brach in nichtendende Hochrufe aus. Die Offiziere dankten. Die in der Nähe befindliche militärische Wache hatte keinen Grund einzuschreiten.

Die Sparprämienanleihe.

Berlin, 27. Februar. Zu der Mitteilung wegen der Festsetzung des Verlosungstermins der deutschen Sparprämienanleihe von 1919 erfahren wir, daß das Reichsfinanzministerium den Andeutungen, als ob die Auszahlung der Gewinne im April nicht stattfinden könne, vollkommen fernsteht. Das Reichsfinanzministerium legt vielmehr den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Auszahlung bestimmungsgemäß vom 1. April ab erfolgt. Die Befreiung der Stücke durch die Reichsbank an die Vermittlungsstellen ist in Berlin sowie in

der gesamten Provinz am 5. Februar erfolgt. Zurzeit schwaben Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Banken wegen der Festsetzung des Termins der Gewinnabgabe, um zu gewährleisten, daß die Nummernabgabe seitens der Banken an die Kunden rechtzeitig erfolgen kann, ohne daß die Verpflichtung des Reichs, vom 1. April ab zu zahlen, verletzt wird. Diese Verpflichtung wird unbedingt innegehalten.

Kriegsgewinnabgabe bis 1. Mai, Reichsanstifter bis 1. Juni zahlbar.

Berlin, 1. März. Nach einer aus dem Reichsfinanzministerium an die Finanzämter ergangenen Anordnung soll die Vermögensabgabe vom Kriegsgewinn bis 1. Mai, das Reichsanstifter bis 1. Juni zur allgemeinen Erhebung gelangen.

Die Leipziger Messe.

Leipzig, 1. März. Die Frühjahrsmesse wurde gestern bei großem Andrang eröffnet. Die Zahl der Besucher übersteigt 11000. Unter den Gästen befinden sich 14 Franzosen, Engländer, Irländer und etwa 1800 Schweizer. Fast alle überaus großen Warenlager werden bei Aufträge sehr härmlich erteilt.

Der Diebstahl im Hohenzollern-Kaufmann.

Nach dem Bericht des Diebstahls im Kaufmann in Charlottenburg steht der Verkäufer Gerold aus Charlottenburg, der vor wenigen Tagen bei einem Diebstahl in der Hohenzollernstraße teilgenommen hat, nunmehr vor Gericht. Gerold hatte versucht, zwei junge Leute zu einem Diebstahl im Kaufmann zu gewinnen, diese hatten aber abgelehnt.

Oberschlesien.

Gemeindeweiße Abkündigung.

Die interalliierte Kommission hat folgende Bestimmungen erlassen:

1. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist gemeindefreie festzuhalten. Infolgedessen hat die Grenze zwischen den Abstammungsgebieten und Deutschland den Gemeindegrenzen entsprechend möglichst nahe an der im Friedensvertrage festgelegten Linie zu erfolgen.

2. Die politische und deutsche Sprache und Sprache sind in den genannten Gebieten unregelmäßig auf vollkommen gleiche Stufe zu stellen, auch darf keine der errichteten Durchführungen der Volksabstimmung etwa widersprechende Verfügung mehr erlassen erhalten werden.

3. Die Rechte der Gemeinden erhalten die Ausschüsse insbesondere das Recht zur Aufsichtsetzung der Schule und Bestimmungen, die den Gebrauch einer der beiden Sprachen in den Verwaltungsgeschäften, die Besamungsbefreiung, das Eigentum und das Recht des Erwerbs von Grundbesitz und Grundbesitz beschaffen, insoweit diese Bestimmungen zum Nachteil einer der beiden Rassen verordnet ist, sowie aller sonstigen Rechte und Bestimmungen, die der getrennten Durchführung der Volksabstimmung eine Behinderung bereiten.

Erstärkung des Geschäftslebens in Oberschlesien.

Das Geschäftskreis wird mitteilt, daß auswärtige Firmen aus Oberschlesien eine Waren senden, obgleich die Bestellungen schon viele Wochen vorher erfolgt waren. Auf Anfragen dieser Geschäftskreise über die Ursache des Versäumnisses wurde mitteilt, daß sie keine Garantien für die Erhebung abzugeben wollten; auch wenn der Vertrag im voraus geschickt wurde, wählte der Empfänger für die Briefe selbst aufzukommen, wenn die Sendung nicht voll und ganz der Bestellung entsprach. Selbst schließliche (Reklamation) Geschäftskreise betrachten Oberschlesien als ein Ausland und verlangen deshalb nach obigen Mitteln. Das sogar Postanhalten dieser Art ist, kann man daraus ersehen, daß auch einem schließlichen Wortes ein oberhalblicher Empfänger von seinem Ansehen die Mitteilung erhalt, daß Postamt hätte die Annahme der Postanmeldung mit der Weiterleitung zurückgewiesen, daß die Postanhalten selber nach dem abgetrennten Gebiete Oberhalb sein nicht mehr: annehmen dürfen.

Eine oberhalbliche Geldwährung?

In oberhalblichen Handelskreisen zirkuliert das Gerücht, daß die interalliierte Kommission den Plan lege, zur Erhebung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Besatzungsgebiete eine besondere Geldwährung einzuführen. Wie der „Kurier“ von zukünftiger Seite erfährt, trifft dieses Gerücht nur insoweit zu, als die Idee einer eigenen oberhalblichen Währung unbestimmt in Erwägung gezogen worden ist. Irigendwelche Entschlüsse liegen aber bisher nicht vor und sind auch wohl nicht so bald zu erwarten. Das „Lanzowitzer Kreis- und Stahlblatt“ schreibt: Sollte der Plan verwirklicht werden können, würde die oberhalbliche Valuta in kurzer Zeit den Friedenszustand der deutschen Valuta erreichen. Freilich stehen der Durchführung des Planes zurzeit noch große Schwierigkeiten entgegen. Ohne Zweifel würde durch eine derartige Maßnahme die Arbeitslosigkeit der Oberschlesier eine bedeutende Steigerung erfahren.

Der Passwang. — Der Abstimmungstermin noch nicht festgesetzt.

Berlin, 28. März. Nach einer Meldung aus der französischen Botschaft wird der Passwang im Bereich mit Oberschlesien etwa Ende März in Kraft treten. Der Abstimmungstermin für Oberschlesien ist vom Rat der Alliierten noch nicht festgesetzt.

Dr. Bräutigam von der Entente abgelehnt?

Oppeln, 28. Februar. Wie wir seinerzeit meldden, wurde Oberbürgermeister Dr. Bräutigam unter gleichzeitiger Vertretung des Titels Wirklicher Geheimrat zum deutschen Abstimmungskommissar für Oberschlesien bestellt.

Wie die „Oppelner Nachrichten“ aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll Dr. Bräutigam von der Entente abgelehnt worden sein. Er ist bereits von Oppeln nach Berlin abgereist.

Wie den „Oppelner Nachrichten“ weiter mitgeteilt wird, ist Landrat Braunweller-Sahlitz als Nachfolger zum Abtretenden deutschen Bevollmächtigten für Oberschlesien ernannt. Ihm wurde gleichzeitig der Titel Wirklicher Geheimrat verliehen.

Der Minister des Innern hat angeordnet, daß die deutschen Vertreter in den Abstimmungsgebieten den Titel Deutscher Bevollmächtigter, nicht Abstimmungskommissar, führen. Diese Verordnung gilt für Oberschlesien und alle anderen Abstimmungsgebiete.

Amerikas Hilfsaktion.

Kattowitz, 28. Februar. Die hier eingerichtete amerikanische Hilfskommission hat 3000 Garnturen (Mäntel, Ärmel, Schuhe und Mützen) zur Verteilung an die notleidenden oberhalblichen Kinder versandt.

Die Stoffe zu den Ärmeln, zu denen auch Schuhe und Strümpfe gehören, sind bereits zum Teil in Bouthen eingetroffen. In einer in Kattowitz unter Vorsitz des Regierungsassessors v. Brochhaus vom Landratsamt Kattowitz abgehaltenen Versammlung der bei der Ausfertigung des Liebeswerkes tätigen Damen und Herren wurde festgesetzt, daß jede Gemeinde für die richtige Verteilung der Anzüge an bedürftige Kinder zu sorgen hat. Die Anzüge werden in den Nähstuben der einzelnen Gemeinden hergestellt, die dabei lediglich die Frachtkosten, die Nähkosten und Versicherungskosten zu tragen haben. Die Verteilung an die Kinder soll vollständig kostenlos erfolgen.

Volales u. Provinziales.

Sobran D.-S., den 2. März 1920.

§ (Deutscher Volksverein.)

Die erste Mitgliederversammlung des hier vor kurzem neugegründeten „Deutschen Volksvereins für Sobran und Ungarn“ fand in Form eines „Gemütlichen Abends“ am vergangenen Sonntag im Bröllischen Saale statt. Personen beiderlei Geschlechts, aller Stände und Konfessionen hatten sich so überaus zahlreich eingefunden, daß der Saal viele Male nicht fassen konnte und eine große Zahl nachhören mußte. Ein Beweis, daß in unserer Stadt noch deutsches Wesen und deutsches Gefühl vorherrschend sind. — Der für den Abend angelegte Vortrag wählte, wie der Vorsitzende Herr Pastor Jendruske den Versammelten mitteilte, auf Anordnung des Herrn Vorsitzenden der alliierten Kommission in Rybnik ausfallen. Der Vortragende hielt in einer kurzen Einführungssprache die Anwesenden herzlich willkommen, wünschte einen guten Verlauf des Abends und wünschte ein freier Zusammenarbeit für die edle deutsche Sache, unter der Devise: „Die gut denkt allewege.“ Was nunmehr an Unterhaltungsstoff geboten wurde, übertraf selbst die höchsten Erwartungen. Es waren alles Mitglieder des neugegründeten Vereins, die sich in den Dienst der Sache stellten. Im Vordergrund stand der ebenfalls erst vor einigen Wochen gegründete Musikverein, der den Abend durch drei exakt vorgetragene Musikstücke verschönte, welche von dem Rönne des jungen Vereins das beste Zeugnis ablegten, was namentlich zu begründen ist, als der Verein demnächst mit einem Konzert in die Öffentlichkeit treten will. Der Männer-Gesangsverein trug drei herrliche Chöre vor, von denen das „Schillerlied“ von Goethe und „Das treue deutsche Herz“ besonders auf das Gemüt der Zuhörer eingewirkt haben mögen, desgl. auch das Männer-Quartett. Herr Lehrer A. Weiskmann trug mit seinem klangvollen Tenor ein anheimelndes Lied vor, desgl. sang Fräulein Annaliese Jendruske mit ihrem frischen vollklingenden Mezzosopran zwei Lieder, sowie außerdem mit Herrn Lehrer Paul Weiskmann zusammen das schöne Lied: „Teure Heimat, sei gegrüßt.“ — Für den humoristischen Teil sorgte Herr Bureauvorsteher Niwoll mit seinen in jedem Mutterwitz vorgetragenen Compiets, desgl. der „Sobraner Salonhumorist“ Herr Malermeyer Witte, welcher vor kurzem erst aus mehrjähriger französischer Gefangenschaft heimgekehrt ist und schon bei seinem Erscheinen auf der Bühne härmlich begrüßt wurde. Wahrheit zwerchleischlitternd waren die von ihm zum Vortrag gebrachten Sachen. Alles in allem, der Abend verlief in gemüthlicher und angenehmer Weise, sodaß alle Teilnehmer vollkommene Befriedigung erlangten. — Eine große Zahl neuer Mitglieder sind dem Verein beigetreten, sodaß derselbe nunmehr 700 Mitglieder zählt. Personen beiderlei Geschlechts im Alter von 18 Jahren ab können dem Verein beitreten; Beiträge werden nicht erhoben. Bei-

nungslisten liegen in den Buchhandlungen von Pollock und Hnold an. — Der provisorische Vorstand, der in einer demnächstigen Versammlung neu gewählt werden soll, setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Pastor Jendruske, Herr Pastor, Koplan, Kaula, Herr Stadtrat, Bureauvorsteher Niwoll, Schriftführer, Lehrer A. Weiskmann, Herr Stadtrat, Kaufmann Pollock, Kassensührer, Buchdruckereibesitzer Hnold, dessen Stadtrat.

§ (Männer-Gesangsverein.) Die Gesangsabende finden bis auf weiteres jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr im „Hotel zur Post“ statt. Die mitwirkenden Damen und Herren werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

§ (Unsere Volkshochschule) veranstaltet morgen Mittwoch ihren 4. Volkabend (siehe Inserat). Nach nicht in frischer Erinnerung der Beschlüsse des Wärtchenabends, und es ist zu erwarten, daß der morgige Volksabend diesem in nichts nachstehen wird, da er nur erstklassige wissenschaftliche Vorträge bietet. Ein jeder ist daher seine Kinder zur Anwesenheit um 5 Uhr, während er selbst, wenn irgend möglich, die 7 Uhr-Ankunft besetzt, da die Lichte um 9 Uhr voranschicklich sehr überhitzt sein wird. Für die musikalische Unterhaltung werden in liebevoller Weise wieder die Herren Lehrer Weiskmann und Dorminger Sorge tragen.

§ (Der Arbeiterklub) an der höheren Kadettenkaserne wird voranschicklich am nächsten Montag den 8. März wieder aufgenommen werden.

§ (Epar.-Prädikantenkonferenz.) Die hierorts bei der Stadtpfarrkirche und bei der Deutschen Volksbank gezeichneten Stücke können abgeholt werden.

§ (Büchergesellschaft.) Das der Herr Frau Webermeister Anna Grech gehörige Wohnhaus in der Oberstraße ist in den Besitz des Kaufmanns Opletka aus Friedrichstraße übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 30000 Mk.

§ (Gesundene Kirchengesellschaft.) In voriger Woche sind in einer Feldheide auf den Kreuzdorfer Feldern folgende Gegenstände gefunden worden, die offenbar von einem Arbeiter her herrühren: 2 Stück Silberbesteck mit Goldranden, rot bezw. dunkelrot, 2 breite weiße Tülltücher und 2 weiße gestreifte Schmale Spigen; die Bekleidung war weggerissen. In der einen Spige sind folgende Worte in polnischer Sprache eingeschrieben: „Sei gegrüßt Maria“, in der anderen die Initialen „I. H. S.“ Die Gegenstände können beim Genbarmer-Waldmeister Hahn in Warkowitz in Augenblicken bezw. in Empfang genommen werden.

§ (Schöffengericht vom 27. Februar 1920.) Verurteilt wurden u. a. der Butterhändler Albert Volk aus Pansowitz wegen Mißhandlung seiner Ehefrau zu 6 Wochen Gefängnis. Der Amtsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis und Anrechnung der seit dem 4. Februar d. Js. bestehenden Untersuchungshaft beantragt. — Der Orbanarbeiter Paul Konkel aus Nowin wegen Jagdbegehens (Entwendung eines Faslieters) zu 100 Mark Geldstrafe. — Der Student Adolf Diner aus Paezow in Gollitz wegen unbefugter Liebeschreitung der Landesgrenze zu 100 Mark Geldstrafe.

§ (Wegen Bigamie festgenommen) wurde am Sonnabend der etwa 30jährige Werkarbeiter Josef Boyanda hierorts. Derselbe ist im Jahre 1916 im Kreise Groß-Streblich eine Ehe eingegangen, welche heute noch zu Recht besteht, was ihn jedoch nicht hinderte, im Oktober v. Js. vor dem Standesamt Sobran eine neue Ehe einzugehen. Diese konnte nur dadurch zustande kommen, indem er dem hiesigen Standesamt eine amtliche Bescheinigung darüber, daß er ledig sei, vorlegte. Sonntag vormittag fand die gerichtliche Vernehmung des „Türken“ statt, zu der sich „beide Ehefrauen“ eingefunden hatten. Ihre Vernehmung ist nicht erfolgt. Beide harrten aufbleibend im besten Einvernehmen der Vorführung des gefährlichen Einbers, sodaß wir der Lieberzeugung sind, dieser Fall hätte „im Lande des Propheten“ zu irgend welchen Unzutrefflichkeiten nicht geführt. Bei uns zeigt man jedoch für derartige „Seitenhänge“ kein Verständnis und es dürfte den Verhafteten eine empfindliche Strafe treffen.

§ (Die Wasserversorgung des Kreises Rybnik) ist durch den Beschluß des letzten Kreisrates auf Beteiligung mit 1/2 Millionen Mark sicher geworden. Schöpfer der Anlage ist Ingenieur Rosenquitt aus Breslau. Bei Versuchen im Oberlauf ist es ihm gelungen, einwandfreies Wasser aus Grundbesitz an bei Olšan und Budčan zu erschließen, das in genügender Menge vorhanden ist, um es dem Kreis Rybnik als Trink-, Wirtschaft- und Betriebswasser zuzuführen. Die grundlegenden Kosten betragen

18000 Mt., sind aber gedeckt, da die Stahlwerke Ostpreußenwerke und die übrige Bergbau-Industrie sich finanziell als Hauptinteressenten beteiligt haben und auch jetzt nicht beifallen werden, um die Anlage zu fördern, die den Bergleuten manche Erleichterung schaffen wird, weil dann in den Kolonien das lästige Wasserlärm zu Fortfall kommt. Es ist nachgefragt der schlesischen Zeitungsredakteur die deutsche Kultur weiter auf dem Marsch!

(Der Streit um die Sommerzeit.) Die Frage, ob in diesem Jahre die Sommerzeit wieder eingeführt werden soll, ist noch nicht entschieden. Die Regierung scheint in dieser Frage gleichfalls noch unentschieden zu sein. Frankreich dagegen hat sich bereits entschlossen, vom 16. März ab die Sommerzeit einzuführen, und das England nachfolgend wird, erst nach dem von dort gekommenen Nachrichten zweifelt. Nur Amerika scheint nicht recht zu wollen. Inzwischen ist dies bei dem Kohlenreichtum Amerikas nicht verwunderlich, während alle europäischen Länder unter der Kohlennot leiden. Mit der Einführung der Sommerzeit sparen wir mindestens 125000 Tonnas Kohlen. Ilbrigens verleiht man, daß eine europäische Großmacht eine internationale Konferenz zur Regelung der Frage angerufen hat, und daß andere Staaten nicht abgeneigt seien, an der Konferenz teilzunehmen.

(Die deutschen Zeitungen vor der Katastrophe.) Nicht nur die Populärpresse ist, sondern auch die angesehenste Zeitung des Druckpapiers führt Hunderte von deutschen Zeitungen dem Zusammenbruch entgegen. Die Lage ist so ernst geworden, daß nicht mehr allein wegen der Populärpresse der Umfang der Zeitungen eingeschränkt werden muß; die meisten Zeitungsverleger müssen auch deshalb zu dieser Maßnahme schreiten, weil der sonstige und sprunghaft steigende Papierpreis nicht mehr erträglich ist, trotz der unwiderruflich gewordenen weiteren Erhöhung der Zugs- und Anzeigerpreise. — Der Erststempel der Zeitungen wurde in einer sehr kurz bedachten Versammlung der unterständlichen Zeitungsverleger in Würzburg eingehend besprochen. Wie in den meisten übrigen Bundesstaaten des Deutschen Reiches kam man zu dem erheblichen Beschluß, die Erhöhung der Zugsgebühren um 75 Prozent und der Anzeigerpreise um 50 Prozent durchzuführen.

(Die Uniform für das neue Heer.) Die das Reichswehrministerium in ihrer Verfügung vom 22. Februar sagt, hat sich die seit etwa Jahresfrist in Tragnas befindliche Reichswehruniform nicht in allen Teilen voll demgemäß. So sind die Drahtschleifen zu unbedeutend, kostspielig und infolge der zur Verfügung stehenden Rohmaterialien schnell unansehnlich. Sie werden daher bei der Bildung des neuen Heeres durch Abgleichung von der Art ersetzt werden, wie sie sich im Felde bewährt haben. Es ist demgemäß zwangsläufig, Neuanforderungen von Drahtschleifen, Schultergeschützen und Armpfeifen zunächst auszuführen.

(Bewaffnung der Kavallerie.) Die Gutachten der Kavallerieoffiziere haben ergeben, daß sich die Wehrzahl für die Vithaltung der Reiterei ausgedehnt hat. Der Kavallerist der künftigen Wehrmacht wird also mit Panzer, Karabiner und kurzem Seitengewehr bewaffnet sein. Der Kavalleriertrupp 89 kommt vorläufig in Fortfall.

(Der diesjährige Maschinenmarkt in Breslau soll aus.) In einer stattgehabten Sitzung des Handelskammerlichen Vereins zu Breslau wurde u. a. mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die enormen Kosten von der Maschinenmarkt für die Handelskammer in diesem Jahre Abstand genommen worden sei.

(Das Thronlehen Fürstentum Oels) bleibt in voll-um Umfang im Besitz der ehemaligen deutschen Kronprinzessin und seiner Nachkommen.

(Die Kohle wird wieder teurer.) Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Gruben wird voraussichtlich Oels mit der unumgänglichen Notwendigkeit einer neuerlichen Erhöhung der Kohlenpreise getrieben. Die neue Preissteigerung, deren Höhe noch nicht genau festgestellt werden konnte, wird für das oberste Gebiet voraussichtlich am 1. April, für die Kohle, die aus dem oberste Gebiet hinausgeht, jedoch voraussichtlich bereits am 1. März eintreten.

(Die Bekämpfung des Wuchers.) Zur Bekämpfung des großen Schlichthandels und Preiswuchers in Oberschlesien hat das Handelsministerium in Berlin eine Zentralstelle in Katowitz eingerichtet, die der Bekämpfung des Staatsanwalts Thiele unterstellt ist.

(Was Schuhmachergesellen verdienen.) Die Groß-Berliner Schuhmachergesellen waren in den letzten Tagen wieder einmal in einen Streit eingetreten. Die beanpruchten weitere Lohnsteigerungen. Es kam mit den Arbeitgebern

eine Einigung zustande, nach der eine Zulage von 135 Prozent gewährt wurde. Die bisherigen Zulagen der Schuhmachergesellen auf den Lohn seit dem Jahre 1914 betragen jetzt 1300 Prozent. Ein Schuhmachergeselle kann es infolgedessen jetzt auf einen monatlichen Verdienst von 1600 Mark bringen. (1) Die Folge dieser Erhöhung ist wieder eine wesentliche Erhöhung der Preise für fertige Schuhe und Reparaturen. Die Lage im Schuhmachergewerbe wird durch die häufigen Lohnsteigerungen und durch das fortwährende Erigen der Lederpreiskammer schwieriger. Wie man hört, erwägen mehrere Großbetriebe der Schuhwarenbranche, ob es unter diesen Umständen nicht besser ist, gleich wie die Zigarettenfabriken, ihre Betriebe zu schließen.

(Der Mörder Kotyba festgenommen.) Schonabend abend gelang es der 3. Abteilung des Sicherheitspolizei Rattow, den langgesuchten Mörder Paul Kotyba aus Ryduktan, der im vorigen Sommer einen Gendarmen, der ihn festhalten wollte, erschossen hatte, auf der Charlottenstraße festzunehmen. Er wurde dem Amtsgericht Rattow eingeliefert.

Rybnik, 29. Februar. Die feierliche Eröffnung der Volkshochschule findet am Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, im Hotel Pogoda statt.

Koslow, 28. Februar. Im benachbarten N. Marklowitz mündete nachts ein Raubüberfall auf einen dortigen Dieb, wobei einer der Missetäter schwer verwundet wurde.

Nikolai, 28. Februar. Unsere Stadtväter hielten eine Sitzung ab. Als zweiter Punkt stand die Amtseinführung des Bürgermeisters auf der Tagesordnung. In einem Schreiben an den Stadtvorstandsvorsitzer gab der Bürgermeister seine Amtseinführung bekannt. Der Grund für seine Amtseinführung war die Unentschiedenheit über den Stadtvorstandsvorsitz. Er wollte die vielen Unentschiedenheiten der Stadtvorstandsvorsitz nicht mit seinem Namen mehr drücken. Er sah sich deswegen gezwungen, das Amt niederzulegen. Die Versammlung wählte wohl aber als den Stadtvorstandsvorsitz. Man stellte es sich heraus, daß ein Stellvertreter da war. Die Stadtvorstandsvorsitz hatten wohl 5 Stellvertreter aber keinen Stellvertreter gewählt, der verantwortlich gehalten darf. Die Regierung hat infolgedessen auch keinen Stellvertreter ernannt. Damit kein Interregnum eintritt, wurden die Herren Nikolai und Alimont gewählt, die zur Regierung nach Opatow fahren sollten, um die Befestigung der Stadtvorstandsvorsitz zu bewirken, damit die Erhebung der Amtseinführung keinen Aufschub erleide.

Nikolai, 28. Februar. Eine 4 Beamte starke Streife der Wache Mittel-Lagis wurde nachts in der Gegend der Straßenkreuzung Wyrow-Nikolai-Mittel-Lagis von einer etwa 14 Köpfe starken Bande überfallen. Die Bande erschaffte ein lebhaftes Feuer aus Gewehren und Pistolen. Die Patrouille nahm sofort energisch den Kampf auf. Durch Schußfeuer und Handgranaten konnten sie sich den überlegenen Gegner vom Orte halten und ihn so einschüchtern, daß er die Flucht ergriff.

Pawlowitz, 1. März. Zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Pawlowitz ist der Hauptlehrer Bronny aus Warschow ernannt worden.

Rattow, 27. Februar. (Die Auslieferungsliste.) Der Bergwerksdirektor Gbelmann von der Freiberggrube ist seit Anfang Januar mit unbedeutendem Ziel verreist. Seine pöhlige Rede hängt mit dem Auslieferungsvorhaben der Grube zusammen.

Gleiwitz, 27. Februar. Der Gleiwitzer Magistrat gibt bekannt: „Es ist mehrfach zu unbedeutenden Zwischenfällen mit den französischen Wachtposten gekommen, die darauf zurückzuführen sind, daß das Publikum über die Handhabung des französischen Postdienstes nicht genügend Bescheid weiß. Es sei daher bemerkt und zur Beachtung empfohlen, daß der Bürger ist, auf welchem sich ein Schilderhaus und ein Wachtposten befindet, in einer Entfernung von 30 Schritt rechts und links des Schilderhauses nicht betreten werden darf.“

Wingitz, 27. Februar. Die Veruntreuung eines durch Selbstmord gebliebenen Bürgermeisters Krause sollen bereits die Höhe von 300000 Mark erreicht haben.

Sauer, 28. Februar. Als ein Brautpaar vom Standesamt kam und die vor dem Rathaus stehende Drostei besichtigen wollte, erstolte plötzlich die frühere Geliebte des Bräutigams, die sich gerade ihre Milch am Molkekarren geholt hatte, und gab dem ganzen Jubel dem Bräutigam über den Kopf. Die Laterne wird vor Gericht gestellt werden.

Festenberg, 28. Februar. Aus Courabau wird berichtet: Am Mittwoch kam die Grenzschutzkommission auf dem Wege von

Buchen nach Tscherschen hier durch. Trotz aller Drohungen der polnischen Besatzung mit Verhaftung und Erschießen katterten überall schwarz-weiß-rote Fahnen, außerdem waren Plakate angebracht: „Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben!“ Als die Kommission durchfuhr, konnten die Autos nur langsam vorwärts kommen; fast alle Bewohner standen auf den Straßen, unaussprechlich erregt die Rede: „Wir sind deutsch.“ Die polnischen Wachen gaben sich unter Drohungen alle Mühe, die Bewohner von der Straße zu vertreiben; doch vergeblich. Auf dem Markt des französischen Vertreters war die Befestigung unüberwindlich. — Auch in Tscherschen hatte sich vor dem Post, in dem die Kommission verhandelt, eine große Menschenmenge angesammelt, die durch Rufe laud gab, daß sie deutsch bleiben wolle.

Halbmonatsbericht der Sicherheitswehr für die Zeit vom 12. bis 24. 2. 1920.

Rybnik, den 26. Februar 1920. In der Berichtzeit sind die Anforderungen der Behörden und auch von privater Seite an die Sicherheitspolizei in den Kreisen Rybnik und Bielez entsprechend dem immer mehr an sich greifenden Verbrechertum so zahlreich gewesen, daß für eine gerechte Ausbildung der III. Ausbildung kaum Zeit blieb. Der Umstand, daß seit Abzug der Reichswehr von einer Grenzbarriere nicht mehr die Rede ist, daß infolgedessen zahlreiche Verbrecher nach Oberschlesien zurückgekehrt sind und daß leider Teile der Bevölkerung unabwehrbar den Zeitpunkt der goldenen Freiheit gekommen zu sehen glauben, ist in erster Linie die Ursache der vielen Verbrechen. Die Sicherheitspolizei hatte daher reichlich Gelegenheit zum erfolgreichen Eingreifen und ihre Erfolge haben sie bei weitem Schichten der Bevölkerung beliebt und anerkannt gemacht.

Der Kontrollrat der interalliierten Kommission des Kreises Rybnik, der die Tätigkeit der Sicherheitspolizei bei seiner langjährigen Erfahrung in Afrika und Afrika voll bewertet, unterstellt daher auch die Notwendigkeit einer ausreichenden Bewaffnung der Sicherheitspolizei. Er will die Zeit der Besatzung in 2 Perioden geteilt sehen, 1) in die der vollkommenen (auch politischen) Ruhe und Arbeit und 2) in die der Abstimmung und des Wahlkampfes.

Bei den großen Anforderungen, die zur Zeit an die Beamten der Sicherheitspolizei gestellt werden, scheinen ihre Wünsche um so berechtigter. Diese berechtigten Forderungen sind im wesentlichen: Baldige Erstattung durch das Ministerium des Innern, absolute Sicherstellung ihrer Zukunft, auch wenn sie einst Obersteleuten verbleiben, und baldige Beschaffung der notwendigen Bekleidung sowie der erforderlichen Einrichtungsgegenstände, wie Spinde, Tische und Stühle.

Bekanntmachung.

Um der Sache Einhalt zu gebieten, welche sich alle Tage wiederholt, daß man Personen in deutschen und polnischen Uniformen in den Straßen sich bewegen sieht, befehle ich hiermit, daß alle Abzeichen (seien sie deutsch oder polnisch) von allen Uniformstücken entfernt werden.

Um jede unnütze Arbeit, Zeitverlust und Verwirrungen zu verhindern, ersuche ich alle diejenigen, die eine Erlaubnis zu einer „nicht-politischen“ Versammlung“ haben wollen, an mich ein Gesuch zu richten, aus welchem ganz klar ersichtlich ist, welchen Zweck diese Versammlung hat und welche Punkte in derselben behandelt werden; ebenfalls will ich verhindern, daß man bei einer Versammlung unfeindlich, unwissentlich zur Politik übergehen könnte, was dann streng bestraft werden müßte.

Ich bemerke, daß es nicht genügt, die Versammlung nur anzumelden, (wie es viele machen), die Versammlung findet dann und dann statt usw.)

Keine Versammlung darf anberaumt werden, bevor ich die Autorisation dazu gegeben habe. Rybnik, den 25. Februar 1920. Der Kontrollrat des Kreises Rybnik. Pesenti.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der gesamte Milchverkauf durch die Molkeerei der Frau Gärtner stattfindet. Die milchbezugsberechtigten Personen erhalten demnach die ihnen zustehende Milch vom 1. März ab in der Molkeerei.

Sohrau OS., den 2. März 1920. Der Magistrat. F. V. Gaering.

Eichenholz

für Stellmacher und ein Pumpenständer stehen zum Verkauf. Bei wem? sagt die Exped. d. Blattes.

Bekanntmachung.

Für die laufende Woche wird gegen Abschluß der Feilerte in den bekannten Verkaufsstellen verabsichtigt:

125 g Margarine (Portion 2,15 Mk.)
60 g Runkelrübe (Portion 65 Pfg.)

Die Bezugsschritte sind bis Mittwoch den 3. März abzuliefern.

Sobrau O.S., den 2. März 1920.

Der Lebensmittel-ausschuss. J. B.: Döring.

Bekanntmachung.

Die neun Milcharten gelangen am Mittwoch den 3. März bis Freitag den 5. März im Zimmer Nr. 2 zur Ausgabe und zwar:

1. Am Mittwoch die Milcharte A (Rinder 12 bis zu 2 Jahren). Jeder Abholer muß außer der abgelieferten Milcharte noch die blaue Rinderkarte zur Stelle bringen.

2. Am Donnerstag die Milcharte B (Rinder von 2-6 Jahren) und auch die wachsenden Küder in den letzten 3 Monaten. Außer der abgelieferten Milcharte B muß jeder Abholer die Rinderkarte von 2-4 Jahren und wachsenden Küder einen Nachweis der Herkunft als Kontrolle vorlegen.

3. Am Freitag die Milcharte C für Kälber. Jeder Abholer muß außer der abgelieferten Milcharte einen Nachweis des richtigen Alters, daß er zum Brauge von Milch zur Erhaltung seiner Gesundheit berechtigt ist, vorlegen. (Das hier Befragte zeigt sich auf die eigenen Kranken Personen, welche bisher noch keinen Nachweis vorgelegt haben).

Ohne die 1-3 genannten Unterlagen darf das Lebensmittel keine dieser Milcharten abbestellen. Es ist daher nötig, daß sich die in Betracht kommenden Personen rechtzeitig die geforderten Nachweise beschaffen.

Die roten Nachweise sind mitzubringen.

Sobrau O.S., den 27. Februar 1920.

Der Magistrat. J. B.: Döring.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde beschließt zur Unterbreitung der Lebensmittelpreise die der jetzigen Räume zum 1. Juli d. J. anzuverwendende geeignete Räumlichkeiten.

Offerten mit Angabe des jährlichen Pachtgeldes werden an den Magistrat eingehend erbeten.

Sobrau O.S., den 28. Februar 1920.

Der Magistrat. J. B.: Döring.

Der Jannagsbeschluss treten vom heutigen Tage ab infolge der wiederholten Kohlenpreiserhöhung und fortwährend sich steigenden Betriebskosten nachstehend verzeichnete Nachweise in Kraft und zwar für:

- 1 Pfd. gebackenes Brot . . . 0,10 Mk.
- 1 großes Blech Kuchen . . . 1,00 "
- 1 " " " gefüllt 1,20 "
- 1 kleines " Kuchen . . . 0,60 "
- 1 großes " " mit Stollen 1,50 "
- 1 kleines " " " " 0,75 "
- 1 großes Blech Würstleigeküchel 0,60 "
- 1 kleines " " " " 0,40 "
- 1 großer Napfkuchen . . . 1,00 "
- 1 mittlerer " " " " 0,75 "
- 1 kleiner " " " " 0,50 "

Die Freie Bäckereinnung Sobrau O.S.

Preussische Lotterie

Die Erneuerung der Lose 3. Klasse hat bis zum 5. d. Mts. zu erfolgen.
H. Schieler.

Bruteier

von auf Begleichung geschickten
Weißen Wyandottes, . . . à Stück 2 00 Mk.
Minorka Kreuzungstieren, " " 1,50 "
Verpackung Selbstkostenpreis, unfr. Nachnahme.
Kühn, Bawlowitz Str. Pleß.

Speisefarphen

hat abzugeben
Mittelmühle.

Erlenreißig

für Ränderzwecke und Brennholz gut geeignet, sind ca. 20 Haufen auf dem 1. Pollok'schen Grundstück in Neuborf bei Sobrau am 4. März, nachmittags 8 Uhr zu verkaufen.

Ich habe mich
als Landmesser

hierorts niedergelassen.

Bureau: Ring Nr. 128 II.

B. Olowson,

vereid. Landmesser u. Tiefbau-Ingenieur.

Die Volkshochschule Sobrau O.S.
veranstaltet morgen, Mittwoch, den 3. März, den

4. Volks-Abend

im hiesigen Lichtspielhaus, das vom Besitzer in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt wird.

Es kommen folgende wissenschaftliche Lichtfilme zur Aufführung:

- 1. Einblick in das Leben und Treiben der Waldameise. — 2. Die Vriesstaube.
- 3. Der Vogel Strauß. — 4. Die Steingutfabrikation.

Es schließt sich ein unterhaltender sozialer Film „Die neuen Heinzelmännchen“ an.

In den Pausen musikalische Darbietungen.
Es finden 3 Aufführungen statt, die erste um 5 Uhr nachmittags für Kinder, die beiden folgenden um 7 und 9 Uhr für Erwachsene.

Jedermann ist herzlich willkommen.

Zur Deckung der Unkosten wird von Kindern eine Eintrittsgebühr von 0,50 Mk., von Erwachsenen eine solche von 1 Mk. an der Kasse erhoben werden.

Der Vorstand.

Gastwirtsverein für Sobrau und Umgegend.
Mittwoch den 3. März, nachm. 3 Uhr:

General-Verammlung
im Schindler'schen Lokal in Sobrau.

- Tages-Ordnung:
- 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 - 2. Besandgabe der Statuten.
 - 3. Wahl des Vorstandes und der Beisitzer.
 - 4. Eingebung der Beiträge.
 - 5. Entlassungsnahme zu Tagesfragen.
- Alle Mitglieder von Sobrau und Umgegend werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.
J. A.: Adam Nowak.

Provisions-Vertreter

zum Verkauf von erstklassiger Schmierseife und Seifenpulver gesucht.

Unruh & Weichelt,
Chem. techn. Industrie, Berlin S. 14,
Romanbantenstr. 46.

1 Vermessungslehrling und Bedienung

wird fürs Bureau gesucht.
Vermessungsbureau B. Olowson,
Sobrau O.S., Ring, „Hotel zur Post“.

Eine Buchhalterin

wird für sofort gesucht.
A. Stern & Sohn,
Dampfmühle Sobrau O.S.

ein anständiges Dienstmädchen
Frau Kaufmann Hallas.

1 Dienstmädchen

wird für sofort oder 1. April gesucht. Von wem? samt die Exped. d. Bl.

Alter-Schaffer mit Hofegängern

bet höchsten Bezügen.
Nolda, Kreuzdorf.

2 Knaben

welche die erstklassige Maß-Schneiderei gründlich erlernen wollen, können sich melden bei Georg Klemens jun., Schneider-Meister, Ring Nr. 103.

Gold

Habe einen Posten abzugeben; eventl. gegen Waren einzutauschen. Angebots werden in der Exped. d. Bl. entgegen genommen.

Dankagung

Beim Heimzuge unserer lieben guten, unvergesslichen Mutter,

der verw. Frau Mühlenpächter
Marie Henkel
geb. Zelly

Ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen denen zu danken, die uns in diesen Tagen Trost und Hilfe gebracht haben. Ganz besonderen Dank dem hochw. Herrn Pfarrer Loch für die trostreichen Worte am Grabe, ein herrliches „Gott vergelte“ dem Begräbnischor und allen Freunden und Bekannten, die die teure Heimgegangene zur letzten Ruhe geleitet haben.
Sobrau O.S., den 2. März 1920.

Die trauernden Kinder.

Handwerker- u. Gewerbebank

angeregte Geschäftsverhandlung mit d. Vorstande der Bank Gt.
Sonntag, den 14. März 1920,
nachmittags 3 Uhr

in der Maxirek'schen Saale die ordentliche
General-Verammlung

gemäß § 24 des Statuts statt, zu welcher die Mitglieder ersucht eingeladen werden.
Bilanz und Jahresrechnung liegen im Geschäftszimmer zur Einsicht aus.

- Tages-Ordnung:
- 1) Mitteilung der Jahresrechnung.
 - 2) Genehmigung der Bilanz.
 - 3) Verteilung des Gewinnes.
 - 4) Entlassung des Vorstandes.
 - 5) Festsetzung des Geschäftsbudgets, welchen Ratelnden der Genossenschaft und Sparanlagen bei derselben zusammen nicht übersteigen dürfen, und derselben Genossen, welche bei Kreditgewährungen an Genossen in Anspruch genommen werden sollen.
 - 6) Annahme zum Aufhören.
 - 7) Erleichterung von Vereinsangehörigen.
- Sobrau O.S., den 2. März 1920.
Der Aufsichtsrat.
S. Bumer.

Pa. Seife billig!

Solange Vorrat reicht, versendet an Selbstverbraucher:
englische Kernseife per Kiesel 10,50 Mk.
Wandseife per Kiesel . . . 12,- Mk.
Es werden auch einzelne Stücke versandt; drum veräume niemand das günstige Angebot.

Zigaretten

aus reinen Tabaken in allen Preislagen.
Wiederverkäufer verlangen Specialofferte.
Dominik Jurasch, Nikolai O.-S.

Betriebsleiter

für neu zu errichtende Klein-Planerei und Weberei gesucht. Bewerbungen unter Angabe bisheriger Tätigkeit unter Rf. B. L. 54 an die Geschäftsstelle der Norddeutschen Post in Parchim.